

Gremienbeschluss

Inhaltlicher Beschluss



STURA
HEIDELBERG

Datum Beschlussfassung **Gremium** **Beschlussergebnis**
14.02.2023 (3353 TnK) StuRa Mehrheit auf Sicht, bei 1 Nein und 2 Enthaltung

Beschlusnummer: 20230214-08 **Sitzungsnummer:** 161

Beschlusstitel: Förderung des studentischen Ehrenamts an der Uni Heidelberg

Antragsteller*in: Vincent Enders für die Lokalrunde Heidelberg des Verbands deutscher Studierendeninitiativen

Beschlusstext:

Der StuRa setzt sich für die Stärkung der Rechte von Hochschulgruppen an der Universität Heidelberg ein. Insbesondere setzt sich der StuRa für die Schaffung einer zentralen Ansprechperson für die Belange von Hochschulgruppen, die Schaffung eines Akkreditierungsverfahrens, die Präsenz von Hochschulgruppen auf der Website der Universität, die Vergabe von Räumen an akkreditierte Hochschulgruppen und die Prüfung der Vergabe von ECTS sowie von Freisemestern für ehrenamtlich engagierte Studierende ein.

Begründung:

Die an der Universität Heidelberg vorhandenen Hochschulgruppen leisten einen immensen Mehrwert für die Studierendenschaft, die Gesellschaft im Allgemeinen, aber auch die Universität selbst. Sie vernetzen Studierende mit Unternehmen zwecks Berufswahl, betreuen internationale Studierende, organisieren Vortragsreihen, führen Rechtsberatung für benachteiligte Gruppen durch und fördern und organisieren soziale Projekte im In- und Ausland. Allein der Verband deutscher Studierendeninitiativen vertritt in Heidelberg ca. 2000 Studierende, die sich in 11 Hochschulgruppen an der Uni und der PH engagieren. Diese Studierenden investieren in Führungspositionen der Hochschulgruppen bis zu 15 Stunden pro Woche in ihr Ehrenamt, ohne einen Ausgleich in irgendeiner Form zu erhalten.

Die Universität Heidelberg unterstützt die Hochschulgruppen jedoch selten bis gar nicht. Dies ist auch zum Nachteil der Uni, da gesunde und tatkräftige Studierendeninitiativen ein Pull-Faktor für den Hochschulstandort Heidelberg sein können und außerdem die Uni bei Aufgaben wie der Betreuung von internationalen Studierenden oder der Förderung von Startups unterstützen.

Viele Universitäten in Deutschland (u.a. Universität Mannheim, LMU München, TUM München, Universität zu Köln, Universität Tübingen, TU Darmstadt) haben ein Akkreditierungsverfahren für Hochschulgruppen eingerichtet. Die Akkreditierung wird dabei häufig durch Organe der Universität unter Einbeziehung des jeweiligen AStA durchgeführt. Mit einer Akkreditierung sind Vorteile wie zum Beispiel die Möglichkeit der Raumbuchung für Veranstaltungen, die Ausstellung von Ehrenamtsbescheinigungen durch das Rektorat, Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit, Präsenz bei der Ersti-Messe und insbesondere eine Präsenz auf der Website der jeweiligen Universität gekoppelt. Eine Akkreditierung wird dabei von einer zentralen Stelle nach vorher genau definierten Kriterien durchgeführt. Solche Kriterien können zum Beispiel die Einhaltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowie der diskriminierungsfreie Zugang zur Hochschulgruppe, aber

auch die aktive Schaffung eines Mehrwerts für die Studierenden und die Hochschule zum Beispiel durch die Durchführung von Veranstaltungen sein. Akkreditierte Hochschulgruppen müssen sich dabei in regelmäßigen Abständen reakkreditieren und einen Rechenschaftsbericht ablegen. Wir fordern die Schaffung eines solchen transparenten Akkreditierungsverfahrens auch an der Universität Heidelberg. Insbesondere sollen für akkreditierte Hochschulgruppen Vorteile wie die Buchung von Räumen in der Universität und die Präsenz auf der Website der Universität enthalten sein. Ein solches Verfahren würde das nicht-wertende Akkreditierungsverfahren des StuRa ergänzen oder ersetzen. Außerdem würde es die Transparenz von Verfahren an der Universität gegenüber den Hochschulgruppen erhöhen. Aktuell werden von verschiedenen Dezernaten verschiedene (inoffizielle) Listen von Hochschulgruppen, die z.B. zur Ersti-Messe eingeladen werden oder (häufig ohne Begründung) Räume erhalten, geführt. Ob man als Hochschulgruppe auf solche Listen kommt und dementsprechend von solchen Vorteilen profitieren kann, hängt allein von persönlichen Kontakten der jeweiligen Vorstände ab. Eine zentrale Liste der akkreditierten Hochschulgruppen würde hier Abhilfe schaffen und für Transparenz sorgen. In diesem Zuge fordern wir auch die klare Auflistung von AnsprechpartnerInnen auf der Website der Universität für die Belange von Hochschulgruppen und insbesondere die Buchung von Räumen.

Ein weiteres großes Problem an der Universität Heidelberg ist, dass Hochschulgruppen häufig keine Räume für Veranstaltungen oder Treffen zu Planungszwecken auf offiziellem Wege bereitgestellt werden. Aktuell werden häufig einfach leerstehende Seminarräume benutzt, was jedoch keine Planungssicherheit bietet. Einige Hochschulgruppen kennen auch ProfessorInnen, die unter ihrem eigenen Namen die Buchung vornehmen. Auch konnten bereits Veranstaltungen nicht stattfinden, da VertreterInnen von Hochschulgruppen im Kompetenzwirrwarr der Universitätsverwaltung stecken geblieben sind und an der Raumbuchung scheiterten. An Räumen mangelt es – gerade in den Abendstunden, in denen die Veranstaltungen von Hochschulgruppen meistens stattfinden – jedoch nicht. Hier fordern wir, dass die Universität Heidelberg eine Ansprechperson stellt, die akkreditierte Hochschulgruppen bei der Buchung von Räumen unterstützt. Ein solches Verfahren ist z.B. bereits an der TUM München oder der Universität Mannheim gängige Praxis.

Wie bereits erwähnt, ist gerade in Führungspositionen von Hochschulgruppen ein sehr großer Arbeitsaufwand enthalten. Ein solch großes Arbeitsvolumen kann nur von Personen gestemmt werden, die nicht auf Nebenjobs oder ein Studium in Regelstudienzeit angewiesen sind. Dies führt dazu, dass insbesondere sozial benachteiligte Personen nicht solche Ämter wahrnehmen und wichtige Kompetenzen für das spätere Berufsleben erwerben können. Einen solchen Zustand halten wir für untragbar. Dementsprechend fordern wir, dass sich die Universität Heidelberg schnellstmöglich mit der Anerkennung von Führungspositionen in Hochschulgruppen als Praktikum befasst. So ist zum Beispiel an der Universität Tübingen die Vergabe von ECTS an engagierte Mitglieder von akkreditierten Hochschulgruppen durch das „Transdisciplinary Course Program“ universitätsweit möglich. Dies wird von der Universität Tübingen damit begründet, dass ein Führungsamt in einer akkreditierten Hochschulgruppe von Art und Umfang her einem Unternehmenspraktikum gleichgestellt ist. Gemäß einer internen Umfrage des VDSI haben außerdem über 90 Hochschulgruppen an verschiedenen Standorten ECTS für Vorstandsämter erhalten. In Heidelberg geht dies nicht. Darüber hinaus werden zum Beispiel an der Universität Tübingen ECTS für die Teilnahme an Seminaren von Hochschulgruppen an allen Fakultäten vergeben. In Heidelberg ist dies nur für Seminare von GalileiConsult für Studierende der Wirtschaftswissenschaften und der Soziologie möglich. Wir fordern hier, dass die Universität Heidelberg entsprechende Programme fachübergreifend einführt und so auch sozial benachteiligten Studierenden den Zugang zum studentischen Ehrenamt ermöglicht und Chancengleichheit herstellt.

Der Verlust von Studienzeit ist auch insbesondere im Jurastudium von Relevanz. Hier erhält man einen Freiversuch („Freischuss“; §22 JAPRO), wenn man bereits nach acht Semestern das erste Staatsexamen macht. Dieser Freiversuch ist für die Studierenden von sehr hoher Wichtigkeit. An den Universitäten in Kiel, Bayreuth, Gießen und Wismar erhalten Vorstände von juristischen Hochschulgruppen bereits ein solches Freisemester. An der TUM haben ehrenamtlich engagierte

Studierende grundsätzlich die Möglichkeit, sich zwecks Ausübung eines Vorstandsamtes ein Semester beurlauben zu lassen. Wir fordern dementsprechend, dass die Universität Heidelberg die Heidelberger Hochschulgruppen aktiv bei der Forderung nach einem solchen Freisemester gegenüber dem Land Baden-Württemberg unterstützt.

Kategorien: Lehre und Lernen

Unterschrift:
